



In case of reproduction, please mention source (ITF) · En cas de reproduction, veuillez mentionner la source (ITF) · Nachdruck bei Quellenangabe gestattet (ITF) · Var god ange källan vid eftertryck (ITF)

Nr. 2

Februar 1984

IN DIESER NUMMER

Seite

Neues aus der ITF

IBFG/IBS-Symposium in Südafrika	12
Internationales: Aufruf der Amnesty International für einen weltweiten Straferlaß aller aus Gewissensgründen Verhafteten	13
Asien und Pazifischer Raum: Gewerkschaftliche Spitzenfunktionäre erörtern Probleme der Arbeitnehmer im Binnenverkehr	14
Indien: ITF-Seminare für Gewerkschaftsfunktionäre der Eisenbahner und des Zivilluftfahrtspersonals	14

Transport und Verkehr

Deutschland: Gewerkschaft ÖTV fordert Rettung der deutschen Binnenfischerei	15
USA: Gewerkschaftlicher Rentenfonds gibt zwei Containerschiffe in Auftrag	15

Aus der Welt der Arbeit

Deutschland: ÖTV fordert Schließung der offenen Register Seeleutetarifverhandlungen gescheitert	16 16
Großbritannien: Neuer Tarifvertrag für Shell-Tankwagenfahrer	17
Neue Vorschriften über Straßentransport von Gefahrgut	17
Gewerkschaftsbund behauptet, daß geänderte Gesetzgebung über Tarifgleichheit weiterhin gegen Frauen diskriminiert	17
Italien: Arbeitskonflikt der Alitalia-Flugzeugmechaniker und Flugzeugprüfer	18
Schweden: Tarifvertrag 1983 für Taxichauffeure unterzeichnet	18
"Lohnempfängerfonds" gebildet	19

Aus der Welt der Arbeit (Fortsetzung)

Spanien: Scheitern der zentralen Tarifverhandlungen führt zu Arbeitsniederlegungen in verschiedenen Transportbereichen	19
USA: Boykott gegen Continental Airlines in Australien	20
Neuer Manteltarifvertrag für Hafentarbeiter der USA-Ostküste	20
<u>Kurznachrichten</u>	21
<u>Todesfälle</u>	21
<u>Personalien</u>	22
<u>Bevorstehende Tagungen</u>	23

---

NEUES AUS DER ITF

---

IBFG/IBS-Symposium über Südafrika

Am 19. und 20. Januar trafen sich in Düsseldorf Mitgliedsorganisationen des IBFG und Vertreter Internationaler Berufssekretariate zwecks Vornahme einer Überprüfung des IBFG-Aktionsprogrammes in Unterstützung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaftsbewegung Südafrikas. Dieses Aktionsprogramm wurde auf einer Sonderkonferenz des IBFG im November 1980 formuliert. Die ITF war durch den Generalsekretär Harold Lewis und seine Persönliche Mitarbeiterin vertreten.

Seit dieser IBFG-Konferenz vom Jahre 1980 ist die Mitgliedschaft der wachsenden schwarzen Gewerkschaftsbewegung in Südafrika von 70.000 auf 400.000 Mitglieder angestiegen. Infolgedessen ist es möglich gewesen, die Arbeitnehmer zur Aufnahme ernster Kollektivverhandlungen mit diesen neuen Gewerkschaften zu zwingen, und es konnten 400 neue Kollektivverträge abgeschlossen werden. Mit diesem Wachstum der schwarzen unabhängigen Gewerkschaftsbewegung werden sich zweifellos auch die Unterdrückungsmaßnahmen des südafrikanischen Regimes verschärfen. Diese Unterdrückung erfolgt in zunehmendem Maße indirekt. Schwarze Gewerkschafter werden verhaftet und sind in den pseudo-unabhängigen Bantustan-Heimstätten, die ihnen willkürlich zugeteilt werden, zahlreichen Schikanen ausgesetzt. Gleichzeitig wurden die im Zusammenhang mit der Erlangung einer Wohnnerlaubnis zu erfüllenden Bedingungen verschärft, weil es letzten Endes die Politik des südafrikanischen Regimes ist, schwarze Arbeiter davon abzuhalten, sich in städtischen Industriebezirken anzusiedeln.

Um sich diesen neuen Angriffen zu widersetzen und anschaulich zu machen, daß die freie internationale Gewerkschaftsbewegung entschlossen ist, den weiteren Ausbau unabhängiger schwarzer Gewerkschaften in Südafrika zu unterstützen, empfahl die Düsseldorfer Tagung dem IBFG-Vorstand, ein revidiertes Aktionsprogramm gutzuheißen, dessen Hauptzüge wie folgt sind:

- (a) Aufrechterhaltung und, falls notwendig, Intensivierung der finanziellen, technischen, rechtlichen und materiellen Hilfe, bei Durchführung spezifischer Hilfsprogramme für weibliche schwarze Arbeitnehmer, die in Südafrika aufgrund ihrer Hautfarbe und ihres Geschlechts einer doppelten Diskriminierung ausgesetzt sind;
- (b) Unterstützung organisatorischer Kampagnen sowie aller Bemühungen um Anerkennung als berechtigter Verhandlungspartner;
- (c) Organisierung einer intensiven Aufklärungskampagne, um der Propaganda des südafrikanischen Regimes zu begegnen und potentielle Auswanderer nach Südafrika zu entmutigen;
- (d) aktive Entmutigung sportlicher und kultureller Kontakte mit Südafrika;
- (e) Durchführung einer internationalen Aufklärungskampagne, um die Errungenschaften und Probleme der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung zu publizieren;

- (f) Verschärfung des wirtschaftlichen Drucks auf das Apartheidregime;
- (g) Unterstützung der Nachbarländer Südafrikas, um deren wirtschaftliche Dominierung durch Südafrika zu eliminieren und der militärischen Aggression Südafrikas gegen diese Nachbarländer ein Ende zu bereiten;
- (h) Druck auf Regierungen zwecks Erfüllung der von den Vereinten Nationen angeordneten obligatorischen wirtschaftlichen Sanktionen gegen Südafrika, weil Südafrika es verfehlt hat, die UNO-EntschlieÙung Nr. 435 vom Jahre 1978 zu erfüllen, in der die Herbeiführung einer baldigen Unabhängigkeit für Namibia durch die Abhaltung freier und fairer Wahlen unter der Aufsicht und Kontrolle der Vereinten Nationen gefordert wird; und
- (i) Bereitstellung der größtmöglichen Unterstützung für namibische Arbeiter in ihrem Kampf um Menschen- und Gewerkschaftsrechte.

#### INTERNATIONALES

#### Aufruf der Amnesty International für einen weltweiten Straferlaß aller aus Gewissensgründen Verhafteten

In der Zeit bis zum 8. Dezember (Internationaler Tag der Menschenrechte) war der Aufruf der Amnesty International für einen weltweiten Straferlaß aller aus Gewissensgründen verhafteten Personen von über 1 1/4 Millionen Menschen aus allen Bevölkerungsschichten unterzeichnet worden. Der Text des Aufrufes wurde dem UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar am 8. Dezember in New York offiziell überreicht. Mit dieser Überreichung begann ein Wochenende internationaler Aktionen in Unterstützung des genannten Appells, das die Freilassung aller Gefangenen fordert, die aufgrund ihrer politischen Ansichten, ihres Glaubens und ihrer Hautfarbe oder Rasse verhaftet wurden, ohne Gewalttaten begangen oder unterstützt zu haben. Die andauernde Festhaltung dieser Häftlinge wird von Amnesty International als eine Verletzung der UNO-Erklärung der Menschenrechte verurteilt.

Die Sammlung von Unterschriften in Unterstützung dieses Aufrufes begann vor etwa einem Jahr, mit der Unterstützung von sieben Nobelpreisträgern. Der Aufruf wurde von der ITF offiziell unterstützt, da sie bereits seit vielen Jahren eine konsequente Kampagne gegen Verletzungen der Menschenrechte führt. Besonders eindrucksvoll aber ist, daß dieser Aufruf nicht nur von vielen Gewerkschaftern sondern von Hunderttausenden gewöhnlicher Bürger unterzeichnet wurde. Zweifellos wird der Aufruf noch viele zusätzliche Unterschriften erhalten, bevor er der gegenwärtig tagenden UNO-Kommission für Menschenrechte unterbreitet wird.

## ASIEN UND PAZIFISCHER RAUM

### Gewerkschaftliche Spitzenfunktionäre erörtern Probleme der Arbeitnehmer im Binnenverkehr

Ende Januar fand in Tokio eine äußerst erfolgreiche ITF-Regionalkonferenz für Binnenverkehrsarbeiter der Region Asien und Pazifischer Raum statt.

Am Ende der Beratungen wurden Schlußfolgerungen über Verkehrspolitik, den technischen Wandel, die Privatisierung oder Liberalisierung im Transport und Verkehr, und Energie und Transport angenommen. Zum Thema Verkehrspolitik sprachen sich die Konferenzteilnehmer einstimmig gegen eine jede Privatisierung wichtiger Verkehrsträger aus und forderten eine bei Rücksprache mit den Gewerkschaften festzulegende Verkehrspolitik, die im Interesse des wirtschaftlichen Wachstums liegt. Bezüglich des technischen Wandels wurde betont, daß bei der Einführung technischer Neuerungen mit den zuständigen Gewerkschaften im Planungsstadium Rücksprache zu halten ist und daß man darauf achten muß, daß der technische Wandel in den Entwicklungsländern den dort vorherrschenden besonderen Gegebenheiten Rechnung trägt. Die gewerkschaftliche Zustimmung zur Einführung technischer Neuerungen sollte von einer entsprechenden Reduzierung der schweren manuellen Arbeit, der eigentlichen Arbeitszeit und der Bereitstellung geeigneter Umschulungsmöglichkeiten usw. abhängen. Sodann diskutierten die Konferenzteilnehmer ausführlich die in mehreren Ländern der Region zu verzeichnende Tendenz in Richtung einer Privatisierung der Eisenbahn und einer Liberalisierung des Straßengütertransportes und gelangten zu dem Schluß, daß sich die Gewerkschaften gemeinsam dieser Tendenz widersetzen müssen, da sie nicht nur negative Auswirkungen für die Arbeitnehmer und die Fahrgäste mit sich bringt, sondern auch die Straßenverkehrssicherheit gefährdet. Zum Thema Energie und Transport wurde festgestellt, daß die diesbezüglichen Verhältnisse in der Region von Land zu Land sehr unterschiedlich sind, so daß es schwierig ist, spezifische Empfehlungen zu machen. Dessen ungeachtet aber sollte man allgemein darauf bedacht sein, die Rohölabhängigkeit zu reduzieren und energiesparende Verkehrsträger - wie z.B. die Binnenschifffahrt in Bangladesch - zu fördern.

Ein weiteres sehr wichtiges Diskussionsthema waren die Vorbereitungen auf die im Januar 1985 stattfindende 11. Sitzung des Binnenverkehrsausschusses der IAO. Nachdem K. Yanagawa (Stellvertretender Direktor des IAO-Büros in Tokio) über die Tätigkeit der IAO und die Rolle der Gewerkschaften referiert hatte, beschlossen die an der Konferenz teilnehmenden Gewerkschaftsvertreter, ihre Regierung mit Nachdruck aufzufordern, die sich auf den Verkehrssektor beziehenden internationalen Übereinkommen und Empfehlungen der IAO zu ratifizieren und zu erfüllen.

Nach Abschluß der Konferenz wurde beschlossen, einen Asiatisch/Pazifischen Binnenverkehrsausschuß zu bilden, der sich auf regionaler Ebene mit Problemen der Eisenbahner, Straßentransportarbeiter, Hafenarbeiter und Binnenschiffer befassen soll. Für die Seeleute und das Luftfahrtpersonal gibt es bereits gleichartige Regionalausschüsse.

## INDIEN

### ITF-Seminare für Gewerkschaftsfunktionäre der Eisenbahner und des Zivilluftfahrtpersonals

Gegen Ende vorigen Jahres hat Kollege M. S. Hoda, unser Regionalsekretär für Asien und den Pazifischen Raum, zwei äußerst erfolgreiche Eisenbahnerseminare in Nord- bzw. Südindien durchgeführt, an denen rund 40 Gewerkschaftsfunktionäre in mittleren

und niedrigen Positionen teilnahmen. Im Anschluß daran fand ein Seminar für Zivilluftfahrtspersonal statt, an dem vorwiegend Spitzenfunktionäre beteiligt waren, um ein 3-Jahres-Programm für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit im indischen Luftfahrtssektor festzulegen.

---

TRANSPORT UND VERKEHR

---

DEUTSCHLAND

Gewerkschaft ÖTV fordert Rettung der deutschen Hochseefischerei

Karl Heinz Hoffmann (stellvertretender Vorsitzender der uns angeschlossenen Gewerkschaft ÖTV) hat vor kurzem vor der gefährlichen Auszehrung der deutschen Hochseefischereiflotte gewarnt, die von 66 Schiffen im Jahre 1978 auf gegenwärtig 23 Schiffe geschrumpft ist. Im Zuge dieser Verstümmelung seien die Arbeitsplätze von 1.600 Hochseefischern vernichtet worden. Die noch bestehenden Arbeitsplätze seien akut gefährdet. Gleichzeitig wies Kollege Hoffmann darauf hin, daß im Jahre 1982 ein großer Teil der auf Ebene der europäischen Gemeinschaft beschlossenen deutschen Fangquoten nicht abgefischt werden konnte. Die 14 großen deutschen Fangfabrikschiffe könnten in europäischen Gewässern nicht eingesetzt werden und seien daher auf Fangquoten von Drittländern, beispielsweise Kanada, angewiesen. Von den restlichen Frischfischschiffen seien 6 derart veraltet, daß jederzeit mit weiteren Stilllegungen gerechnet werden müsse. Falls die Bundesrepublik ein Fischereiland bleiben soll, ist es daher dringend notwendig, ein Neubauprogramm für eine deutsche Fangflotte kleiner und modernerer Frischfischschiffe zu beschließen und durchzuführen.

USA

Gewerkschaftlicher Rentenfonds gibt zwei Containerschiffe in Auftrag

Ein mit Hilfe der Rentenkasse der uns angeschlossenen amerikanischen Schiffsingenieursgewerkschaft MEBA gebildetes Unternehmen hat bei einer südkoreanischen Schiffswerft zwei Containerschiffe in Auftrag gegeben, die im August bzw. November 1985 geliefert werden sollen. Zweck dieser Investition ist es, mehr Arbeitsplätze für amerikanische Seeleute auf Schiffen unter amerikanischer Flagge zu schaffen. Das genannte Unternehmen versucht jetzt, langfristige Charterverträge für diese beiden Schiffe (vorzugsweise mit amerikanischen Firmen) abzuschließen. Die beiden Schiffe bieten Arbeitsplätze für insgesamt 42 amerikanische Seeleute.

---

AUS DER WELT DER ARBEIT

---

DEUTSCHLAND

Gewerkschaft ÖTV fordert Schließung der offenen Register

Karl Heinz Hoffmann, der stellvertretende Vorsitzende der uns angeschlossenen deutschen Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), hat die Mitglieder des Verkehrsausschusses des deutschen Bundestages schriftlich aufgefordert, sich für die Schließung der offenen Schiffsregister einzusetzen und auf der für Juli d.J. geplanten diplomatischen Konferenz der Vereinten Nationen den Antrag der Welthandelskonferenz (UNCTAD) auf eine schrittweise Umwandlung der offenen Register in normale Schiffsregister zu unterstützen.

In einem Schreiben an die zuständigen Bundestagsabgeordneten erklärte Hoffmann, daß fast 30% der Welthandelstonnage in offene Register eingetragen sind und etwa 40% der im Besitz deutscher Reeder stehenden Schiffe unter Billigflaggen fahren. Er erinnerte die Abgeordneten daran, daß auf diesen Schiffen, die außerhalb jeder Rechtsordnung und weitgehend außerhalb jeder Regierungskontrolle fahren, meist unzumutbare Arbeitsbedingungen herrschen. Dieser Zustand gefährdet nach Auffassung der ÖTV die Sicherheit auf den Weltmeeren, was auch der Grund dafür ist, daß sich die Seeleutegewerkschaften in aller Welt massiv für strengere Sicherheits- und Sozialvorschriften durch das Flaggenland einsetzen. Abschließend wies er darauf hin, daß der Schifffahrtsausschuß der UNCTAD trotz der Opposition der Industriestaaten bereits im Jahre 1981 einen gestaffelten Abbau der offenen Schiffsregister empfohlen hat. Die Bundesregierung könne zur Realisierung dieses Zieles einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sie ihre ablehnende Haltung korrigiere. Wörtlich schrieb Hoffmann: "Sie muß es aufgeben, die Freiheit eines deutschen Reeders, sein Schiff unter billiger Flagge einzusetzen, höher zu bewerten als den Schutz der deutschflaggen Flotte vor den billigen Flaggen".

Seeleutetarifverhandlungen gescheitert

Der Geschäftsführende Hauptvorstand der deutschen Gewerkschaft ÖTV hat die Heuertarifverhandlungen für die in der deutschen Handelsschifffahrt Beschäftigten für gescheitert erklärt. Mit dieser Erklärung folgte er der Empfehlung einer Tarifkommission, nachdem weder der Verband Deutscher Reeder (VDR) noch der Verband deutscher Küstenschiffseigner (VDK) während der dritten Verhandlungsrunde ein Angebot gemacht oder in Aussicht gestellt hatten. Die Gewerkschaft ÖTV fordert eine Anhebung der Bezüge um 4,5% mindestens jedoch um DM 80 für alle gelernten Seeleute und DM 60 für die übrigen Besatzungsmitglieder. Ferner fordert sie eine Vereinbarung im Manteltarifvertrag, gemäß der auf Antrag einer Seite der Umtausch der Überstundenvergütung in Urlaubsanspruch tarifvertraglich vereinbart werden kann.

Mit dem Scheitern der Tarifverhandlungen beginnt automatisch ein Schlichtungsverfahren für die deutsche Seeschifffahrt, das nach spätestens 5 Wochen abgeschlossen sein muß.

## GROSSBRITANNIEN

### Neuer Tarifvertrag für Shell-Tankwagenfahrer

Die der ITF angeschlossene Britische Transportarbeitergewerkschaft hat einen neuen Tarifvertrag für die bei der Petroleumgesellschaft Shell beschäftigten Tankwagenfahrer abgeschlossen, der folgende Verbesserungen vorsieht:

ab 21. November 1983

- Erhöhung des Übernachtungsgeldes von £ 14,50 auf £ 15,40;
- Anhebung der Teuerungszulage für London auf £ 933,-- (Zentrallondon) bzw. £ 462,-- (das restliche London);

ab 1. März 1984

- Anhebung der Grundlöhne um 5,8%;
- Einbeziehung des Urlaubsgeldes und einer Produktivitätsprämie in Höhe von £ 22,-- pro Monat in den Grundlohn; (damit erhöht sich der Grundlohn eines Fahrers ab 1. März 1984 auf £ 151,50 pro Woche).

### Neue Vorschriften über Straßentransport von Gefahrgut

Vor kurzem wurden in Großbritannien neue Vorschriften über den Straßentransport von Gefahrgut in Tankwagen oder Containertanks erlassen, die u.a. folgendes vorsehen:

- der Transporteur muß bestimmte Informationen einholen bevor er Gefahrgut befördert;
- alle an dem Transport von Gefahrgut beteiligten Personen müssen die einschlägigen Feuer- und Explosionsverhütungsmaßnahmen strikt beachten; und
- Fahrer von Straßengütertransportfahrzeugen, die Gefahrgut befördern, müssen spezifische Anweisungen und eine entsprechende Ausbildung erhalten.

Ferner sind dem Fahrer schriftliche Informationen über die von ihm beförderten gefährlichen Substanzen auszuhändigen, die er während des Transports im Fahrzeug mitführen muß. Das Überfüllen von Tanks ist strikt verboten. Ferner enthält das neue Gesetz Richtlinien über das Laden und Löschen von Tankwagen und den Transport gemischter Ladungen von Gefahrgut.

### Gewerkschaftsbund behauptet, daß geänderte Gesetzgebung über Tarifgleichheit weiterhin gegen Frauen diskriminiert

Len Murray, der Generalsekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC), hat in einem Schreiben an die konservative Regierung Großbritanniens erklärt, daß die Anfang d.J. vorgenommenen Änderungen der Gesetzgebung über "gleichen Lohn für gleiche Arbeit" weiterhin gegen die Frauen diskriminiert. Murray ist der Ansicht, daß das Gesetz viel zu kompliziert ist und daß Arbeitgeber weiterhin behaupten

werden, daß die "Marktbedingungen" es rechtfertigen, männlichen Arbeitnehmern mehr zu zahlen als weiblichen (z.B. ermöglicht es das Gesetz dies zu tun, wenn ein Mangel an Arbeitskräften für die Verrichtung spezifisch männlicher Arbeiten besteht). Der Gewerkschaftsbund ist der Überzeugung, daß eine solche Klausel eher weibliche Arbeitnehmer in schlecht bezahlte Funktionen hineinzwängen könnte, anstatt die tarifmäßige Ungleichheit auszuschalten.

Die Änderung des genannten Gesetzes, das aus dem Jahre 1970 stammt, wurde vorgenommen, um die britische Gesetzgebung mit den diesbezüglichen Vorschriften anderer europäischer Länder in Übereinstimmung zu bringen, weil der Europäische Gerichtshof das ursprüngliche Gesetz beanstandet hatte.

### ITALIEN

#### Arbeitskonflikt der Alitalia - Flugzeugmechaniker und Flugzeugprüfer

Anfang Februar berichtete die uns angeschlossene Italienische Föderation des Luftfahrtspersonals (FILAC), daß sie sich mit Alitalia in einem Arbeitskonflikt über die Vergütungen und Zulagen der ihr angehörenden und bei Alitalia beschäftigten lizenzierten Flugzeugmechaniker und -prüfer befindet. Die ITF verständigte daraufhin die ihr angeschlossenen Gewerkschaften des Luftfahrtspersonals und bat sie, keine Arbeiten zu verrichten, die normalerweise von den in diesen Konflikt verwickelten italienischen Mechanikern vorgenommen werden. Auch die bei anderen Luftfahrtsunternehmen beschäftigten Mitglieder sollten aufgefordert werden, keine zusätzlichen Arbeiten für Alitalia zu verrichten und während des Konfliktes keine Angebote der Alitalia für Arbeit in Italien zu akzeptieren.

### SCHWEDEN

#### Tarifvertrag 1983 für Taxichauffeure unterzeichnet

Nach langen und schwierigen Verhandlungen hat die uns angeschlossene Schwedische Transportarbeitergewerkschaft nunmehr den Tarifvertrag 1983 für die ihr angehörenden Taxichauffeure unterzeichnet. Der Vertrag sieht eine Erhöhung der Löhne um 6,7% rückwirkend ab 1. November 1983 vor, sowie um 2,2% für die 10 Monate bis Ende Oktober 1983.

Eines der Hauptmerkmale des neuen Vertrages besteht in der Verdoppelung des Zuschlages für Arbeit an Sonntagen und öffentlichen Feiertagen. Sowohl die Gewerkschaft als auch die Arbeitgeber erklärten während den Verhandlungen, daß sie es vorziehen würden, wenn das übliche "Trinkgeld" durch eine zusätzliche Erhöhung der Fahrpreise ersetzt werden könnte. Die Taxifahrer haben sich schon immer darüber beschwert, daß die Steuerbehörden sie für einen nominalen Trinkgeldebtrag besteuert, ganz gleich ob sie diesen Betrag tatsächlich erhalten haben oder nicht.

### "Lohnempfängerfonds" gebildet

Das schwedische Parlament hat vor kurzem ein Gesetz verabschiedet, das die Einführung kollektiver "Lohnempfängerfonds" ab Januar 1984 vorsieht. Insgesamt sollen 5 regionale Fonds dieser Art gebildet werden und zwar im Rahmen der bestehenden Rentenversicherung. Die Guthaben der geplanten Fonds werden aus einer von den verschiedenen Unternehmen zu entrichtenden Gewinnsteuer und einer zusätzlichen Lohnsteuer gebildet werden. Für ihre Verwaltung sind Aufsichtsräte von je 9 Mitgliedern vorgesehen, davon mindestens 5 Arbeitnehmervertreter.

Jeder regionale Fonds wird jährlich etwa 400 Millionen Kronen erhalten und diesen Betrag in der schwedischen Industrie investieren. Zusätzlich zum Kauf von Aktien in öffentlichen Unternehmen können aus diesen Fonds Darlehen an Kommerzvereinigungen sowie kleine und mittelgroße Unternehmen gewährt werden. Jeder der Fonds muß zumindest einen Investitionsgewinn von 3% erzielen. Dieser Gewinn wird in die allgemeine staatliche Rentenkasse abgeführt, um die Rentenversicherung als Ganzes zu schützen und unter Umständen eine Verbesserung der staatlichen Renten zu ermöglichen. Die Abführung der genannten Steuern in solche Fonds endet im Jahre 1990. Die Tätigkeit der Fonds und der Stand ihrer Guthaben wird jährlich von der staatlichen Sozialversicherungsbehörde geprüft werden.

Die Bildung solcher Fonds wurde vor einigen Jahren erstmalig vom Schwedischen Gewerkschaftsbund (LO) vorgeschlagen, um Arbeitnehmern am Arbeitsplatz zu einem größeren Einfluß als Anteilhaber zu verhelfen.

### SPANIEN

#### Scheitern der zentralen Tarifverhandlungen führt zu Arbeitsniederlegungen in verschiedenen Transportbereichen

Die Verhandlungen zwischen den spanischen Arbeitgebern und Gewerkschaften über einen neuen nationalen Rahmenvertrag für das Jahr 1984 sind vorigen Monat gescheitert, nachdem sich die Arbeitgeber weigerten, ihr Angebot auf durchschnittliche Anhebung der Löhne und Gehälter um 6,5% zu verbessern. Diese zentralen Verhandlungen wurden vor etwa 5 Jahren eingeführt, um jährlich eine allgemeine Tarifpolitik zu vereinbaren. Infolge ihres Scheiterns wird es jetzt notwendig sein, daß die Gewerkschaften ohne Bezug auf zentrale Tarifrichtlinien Einzelverträge mit jedem Unternehmen abschließen.

Die der ITF angeschlossene Transportarbeiterföderation des UGT hat in Unterstützung ihrer Forderung auf Erhöhung der Löhne um 8% zu einer Reihe von Bummelstreiks und kurzfristigen Arbeitsniederlegungen in verschiedenen Verkehrsbereichen aufgerufen, insbesondere in der Zivilluftfahrt (bei IBERIA und AVIACO), im Eisenbahnsektor (bei RENFE und FEVE) und im städtischen Verkehr (in Madrid und anderen größeren Städten Spaniens).

USA

Boycott gegen Continental Airlines in Australien

In Unterstützung des Arbeitskonfliktes der uns angeschlossenen amerikanischen Mechanikergewerkschaft IAM mit Continental Airlines<sup>+</sup> hat der Australische Gewerkschaftsbund einen 4-tägigen Abfertigungsboykott gegen Flüge des genannten Unternehmens in Melbourne und Sydney angeordnet. Der Boykott begann um Mitternacht am 18. Februar. Die japanischen Gewerkschaften des Luftfahrtspersonals, darunter die der ITF angeschlossene Luftfahrtsföderation KOKU DOMEI, haben Solidaritätskundgebungen in Unterstützung der mit Continental Airlines im Konflikt befindlichen amerikanischen Gewerkschaften abgehalten und zu einem Kundenboykott gegen Continental Airlines und dessen Tochtergesellschaft Air Micronesia aufgerufen.

-----

+

Siehe auch ITF-Nachrichten Nr. 9/10 - 1983, Seite 79, Nr. 11 - 1983, Seite 91, und Nr. 1 - 1984, Seite 6.

Neuer Manteltarifvertrag für Hafearbeiter der USA-Ostküste

Die der ITF angeschlossene amerikanische Hafearbeitergewerkschaft ILA hat für die in Häfen der Ostküste der USA beschäftigten Arbeitnehmer einen neuen Manteltarifvertrag abgeschlossen, der am 8. Februar 1984 in Kraft getreten ist und am 30. September 1986 endet.

Die wichtigsten Verbesserungen des neuen Vertrages sind wie folgt:

- jährliche Anhebung der Stundenlöhne um \$ 1,--;
- Anhebung des jährlichen Garantielohnes und des Urlaubsgeldes;
- höhere Renten und Wohlfahrtsunterstützung; und
- strikere Richtlinien über die Abfertigung von Containerschiffen und LASH-Schiffen.

Weitere Einzelheiten sollen verlautbart werden, nachdem die ILA-Mitgliedschaft den Vertrag im Rahmen einer Urabstimmung gutgeheißen hat.

---

KURZNACHRICHTEN

---

Die Gehälter der auf Ölbohrtürmen in der Nordsee beschäftigten Mitglieder der uns angeschlossenen Dänischen Funkoffiziersgewerkschaft sind mit Wirkung vom 1. April 1984 um 4,9% erhöht worden.

Großbritannien: Das bei öffentlichen Autobusbetrieben in englischen Städten beschäftigte Personal hat ein Angebot auf Erhöhung seiner Löhne um 3% abgelehnt.

Infolge der Weigerung des italienischen Gewerkschaftsbundes CGIL, eine zwischen der Arbeitgeberföderation und den beiden anderen italienischen Gewerkschaftsbünden (UIL und CISL) getroffene Vereinbarung über die freiwillige Reduzierung von Lohnforderungen zu unterzeichnen, hat die italienische Regierung erstmalig beschlossen, auf dem Gesetzeswege eine Einkommenspolitik anzuordnen.

Das in Mexiko stationierte KLM-Personal hat erstmalig gestreikt und sich eine Erhöhung der Vergütungen um 50% erkämpft.

Niederlande: Die niederländischen Binnenschiffer können von jetzt an im Alter von 63 Jahren in den Ruhestand treten vorausgesetzt, daß sie mindestens 10 Jahre in der Binnenschifffahrt beschäftigt gewesen sind und ihre vorzeitige Pensionierung 3 Monate im voraus ankündigen. Arbeitnehmer, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, werden 80% ihres bisherigen Verdienstes (einschließlich bestimmter Zulagen und Mehrarbeitsvergütungen) erhalten.

Am 10. Februar wurde in allen größeren Häfen Perus ein 24-Stunden-Streik in Unterstützung einer Lohnforderung durchgeführt. Die Häfen des Landes sind verstaatlicht, und die Regierung prüft gegenwärtig die Forderung der Hafentarbeitergewerkschaft auf Erhöhung der Grundlöhne um 30%.

Die Regierung von Portugal beabsichtigt das IAO-Übereinkommen Nr. 127 betreffend das von einem Arbeiter zu tragende Höchstgewicht zu ratifizieren.

Am 18. Januar fand in Uruguay als Protest gegen die Wirtschaftspolitik des Militärregimes der erste Generalstreik in 10 Jahren statt.

---

TODESFÄLLE

---

Erwin Altenburger, langjähriger Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB), ist am 7. Februar nach einer langen und schweren Krankheit gestorben.

Harry Dumarey, Sekretär der Abteilung Hochseefischerei der Belgischen Transportarbeitergewerkschaft (BTB), ist vor kurzem gestorben. Er vertrat Belgien 12 Jahre lang im Ausschuß der ITF-Sektion der Hochseefischer.

Friedel Jahn, die Witwe des im Jahre 1960 verstorbenen ehemaligen Vorsitzenden der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) Hans Jahn, ist am 18. Januar gestorben. Kollege Jahn war von 1954 bis 1958 Präsident der ITF.

D. D. Vasisht, Generalsekretär der Nordindischen Eisenbahnergewerkschaft (ein Mitgliedsverband der uns angeschlossenen Allindischen Eisenbahnerföderation), ist am 15. Februar gestorben. Kollege Vasisht war außerdem Genralsekretär des indischen Gewerkschaftsbundes HMS. Bis vor kurzem war er das stellvertretende Mitglied seines Landes im Ausschuß der ITF-Sektion Eisenbahn.

Bill Walshe, von 1970 bis 1972 Leiter der Presse- und Informationsabteilung der Kanadischen Gewerkschaft der Eisenbahner und Transportarbeiter, ist am 18. November 1983 gestorben.

---

PERSONALIEN

---

Sune Ahlén ist der Nachfolger des Lennart Forsebäck als Generalsekretär des Nordischen Gewerkschaftsbundes (NFS).

Ove Björk, ein langjähriger Funktionär und zeitweiliger amtierender Vorsitzender der Schwedischen Seeleutegewerkschaft, ist vor kurzem in den Ruhestand getreten. Er war außerdem eine Zeit lang der Vertreter seines Landes im ITF-Ausschuß der Seeleutesektion.

Lauri Ihalainen ist der Nachfolger des Kollegen Per-Erik Lundh als Sekretär des Finnischen Gewerkschaftsbundes (SAK). Per-Erik Lundh ist jetzt Vorsitzender der Finnischen Metallarbeitergewerkschaft.

Lars Erik Nicklasson wird Anfang Mai die Präsidenschaft der Schwedischen Gewerkschaft der Staatsbediensteten (SF) niederlegen. Sein Nachfolger ist der Kollege Curt Persson. Gleichzeitig tritt der SF-Vizepräsident Olof Olsson in den Ruhestand, und wird durch den Kollegen Nils Lindström ersetzt.

Donald Opmeer, Vorsitzender der Niederländischen Seeleuteföderation (FWZ), tritt Ende dieses Monats in den Ruhestand. Er war von 1967 bis 1981 Vizevorsitzender der FWZ, wonach er sein jetziges Amt von dem Kollegen W. Ch. van Zuylen übernahm. Sein Nachfolger als Vorsitzender ist der ehemalige FWZ-Generalsekretär Kees Roodenburg, der sein Land im Ausschuß der ITF-Seeleutesektion und im Fair-Practices-Ausschuß der ITF vertritt.

Bjørn Sivertsen, Generalsekretär der Norwegischen Schiffsoffiziersgewerkschaft, war am 14. Januar 60 Jahre alt. Wir gratulieren und wünschen ihm alles Gute.

